

I. Anmeldung

TOP:

Stadtplanungsausschuss

Sitzungsdatum 08.03.2018

öffentlich

Betreff:

Mögliches Volksbegehren zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes

"Damit Bayern Heimat bleibt - Betonflut eindämmen"

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 18.01.2018

Anlagen:

Bericht

Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens / Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG)

Entwicklung der Flächeninanspruchnahme in Bayern (2001 - 2015)

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Unter dem Titel "Betonflut eindämmen" bemüht sich ein Bündnis mehrerer Partner um die Zulassung eines Volksbegehrens. Zielsetzung der Initiative ist es, die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Bayern ab dem Jahr 2020 auf max. 5 ha / Tag zu begrenzen. Es wird berichtet, wie sich eine solche Obergrenze auf die Stadt Nürnberg auswirken könnte und welche Steuerungsinstrumente zur Erreichung von Flächensparzielen in der Diskussion sind.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- ☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- ☒ Nein (→ weiter bei 2.)

- ☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- ☒ Nein (→ weiter bei 3.)

- ☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- ☐ Ja
☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- ☐ Nein
☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Die Verringerung der baulichen Flächeninanspruchnahme ist Ziel einer an Nachhaltigkeit orientierten Stadtentwicklung und trägt zur Umweltgerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen bei.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- ☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
☒ **Ref.III**
☒ **Ref.VII**
☒ **2. BM**

II. Herrn OBM

III. Referat VI

Nürnberg,
Referat VI

(49 00)